

Chef vom Dienst:
42 300/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 9. November 1988

Blatt 2208

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Smejkal: Dank an die Anrainer der Notschlafstelle Gerhardusgasse (2209/FS: 8.11.)
- Entwicklung des Wiener Fremdenverkehrs seit Mitte der 70er Jahre günstiger als im übrigen Österreich (2210)
- Auf die Familientherapie folgt die systemische Therapie (2211)
- Häupl: Propan und Butan keine Alternative zu den Fluorkohlenwasserstoffen als Treibgase (2213)
- Ehrenzeichen für Persönlichkeiten aus der Wirtschaft (2215)
- Possingergasse vorzeitig befahrbar (2216)
- Weitere Arbeiten auf der Nordbrücke (2216)
- 420 Milliarden werden verteilt (2217/2218)
- Berufstitel Hofrat für Primarius Ebner (2219)
- Leitschienenreparatur auf der Floridsdorfer Brücke (nur FS/8.11.)
- Oberrabbiner Eisenberg bei Zusammenstoß mit Straßenbahn leicht, sein Beifahrer schwer verletzt (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten (2209/FS: 8.11.)

Kultur:

- Lyrikabend im Bezirksmuseum Döbling (2212)
- „Der Novemberpogrom 1938“ im Historischen Museum der Stadt Wien (2214)

Smejkal: Dank an die Anrainer der Notschlafstelle Gerhardusgasse

Wien, 8.11. (RK-KOMMUNAL) Nach stürmischen Diskussionen über die Einrichtung einer Notschlafstelle im 20. Bezirk in der Gerhardusgasse sei, sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Dienstag im Bürgermeister-Pressesgespräch, die Situation nun entspannt. Die Notschlafstelle für Obdachlose sei seit 27. Oktober besiedelt, in der letzten Nacht hätten dort 78 Personen, das sei weit weniger als erwartet, genächtigt. Sie danke im Namen der Betroffenen und der Wiener Stadtverwaltung den Anrainern für ihre Toleranz und das Verständnis. Bisher seien keinerlei Beschwerden registriert worden, trotzdem werde man in der nächsten Woche per Flugzettel eine Beschwerdetelefonnummer 35 75 53 bekannt geben.

Smejkal unterstrich nochmals die Wichtigkeit der geplanten ARGE Wohnplätze für Obdachlose, die nach dem Modell für Behinderte, das die Stadt Wien seit Jahren durchführt, errichtet werden soll. Ziel dieses Konzeptes sei der Ausbau der ambulanten Hilfen und die Förderung der Wohnfähigkeit der Betroffenen, damit sie wieder in ein normales Leben zurückkehren können.

Dies enthebe die Stadt Wien allerdings nicht von der Verpflichtung, nach einem Objekt zur fixen Einrichtung einer Notschlafstelle zu suchen. Man bemühe sich, mit den Bund im Gespräch zu bleiben. (Schluß) jel/rr

Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten

Wien, 8.11. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretung Favoriten tritt am 9. November, 15 Uhr, zu einer Sitzung im Amtshaus, 10, Keplerplatz 5, zusammen. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Beratungen über Flächenwidmungs- und Bebauungspläne. (Schluß) end/bs

Bereits am 8. November 1988
über Femschreiber ausgesendet!

Entwicklung des Wiener Fremdenverkehrs seit Mitte der 70er Jahre günstiger als im übrigen Österreich

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) Die Situation und Entwicklung des Wiener Fremdenverkehrs — seit Mitte der 70er Jahre steht Wien beim Tourismus günstiger da als die anderen Bundesländer — ist nur ein Thema der „Statistischen Mitteilungen der Stadt Wien“, Heft 2/88. Die Publikation, die um 50 Schilling (Jahresabonnement 200 Schilling) bei der MA 66 — Statistisches Amt der Stadt Wien, Wien 1, Volksgartenstraße 3, erhältlich ist, bringt außerdem einen Bericht über „Aspekte der Mortalität (Sterblichkeit) und Morbidität (Erkrankungsziffer) der Wiener Bevölkerung“.

Wie die Studie über den Wiener Fremdenverkehr zeigt, liegt Wien unter den im internationalen Reiseverkehr wichtigen westeuropäischen Städten hinter London, Paris und Rom an vierter Stelle. In der Bundeshauptstadt betrug das gesamte touristische Umsatzvolumen im Jahr 1987 12,9 Milliarden Schilling bei 5,9 Millionen Übernachtungen. Von den Übernachtungen 1987 entfielen im Wien-Tourismus fast 90 Prozent auf Ausländer, an den ersten Stellen Gäste aus der BRD und Italien.

Aspekte der Mortalität und Morbidität

Die Lebenserwartung der Wiener Bevölkerung ist, wie der zweite Bericht in den Statistischen Mitteilungen zeigt, in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Sie lag 1987 bei 73,3 Jahren bei den Männern und 77,4 Jahren bei den Frauen. Innerhalb von 25 Jahren erhöhte sich die Lebenserwartung um vier Jahre.

Diese erfreuliche Entwicklung geht vor allem auf medizinische Erfolge bei der Bekämpfung jener Krankheiten zurück, die Todesfälle vor allem bei jungen Menschen verursachten, von der Säuglingssterblichkeit bis zu den Infektionskrankheiten. Moderne medizinische Methoden, z.B. gegen Kreislauferkrankungen und Krebs (die beiden häufigsten Todesursachen), vernünftige Ernährung, Erfolge im Kampf gegen Infektionen (auch durch bessere Wohnverhältnisse) sind weitere Gründe für die steigende Lebenserwartung. (Schluß) hrs/rr

Auf die Familientherapie folgt die systemische Therapie

Kongreß in Wien diskutiert neueste Entwicklungen

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) Systemische Therapie- und Beratungsformen gewinnen weltweit an Bedeutung. Auch in Österreich hat diese Form psychosozialer Hilfe in letzter Zeit einen starken Aufschwung genommen. Die „Österreichische Arbeitsgemeinschaft für systemische Therapie und systemische Studien (ÖAS)“ wurde in Wien gegründet und veranstaltet am 10. und 11. November in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Stadt Wien im Ausbildungszentrum für Sozialberufe, Wien — Floridsdorf, ihren ersten Kongreß mit dem Titel „Systeme“. Experten aus der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich stellen die neuesten Entwicklungen systemischer Theorie und Therapie vor. Eröffnet wird diese Enquete von Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL. Teilnehmer an dem Kongreß sind Partner- und Familientherapeuten, Wissenschaftler, Fachleute der Medizin, Psychologie und Jugendwohlfahrt. Referenten sind unter anderem: Bazon Brock, Universität Hamburg, Hary Merl, Psychiatrisches Krankenhaus Linz, Ludwig Reiter, Universität Wien, Stefan Titscher, Wirtschaftsuniversität Wien, Rosmarie Welter-Enderlin, Zürich und Marianne Krull, Universität Bonn.

Die systemische Therapie hat sich, historisch gesehen, aus der Familientherapie entwickelt. Wie schon die Bezeichnung ausdrückt, bestehen enge Beziehungen zu den neueren Systemwissenschaften, vor allem auf dem Gebiet der Biologie und der Sozialwissenschaften. Wie bei der Familientherapie stehen auch in der systemischen Therapie die gegenwärtigen sozialen Beziehungen im Zentrum der Aufmerksamkeit, allerdings nicht auf die Familie begrenzt. Die Erkenntnisse anderer Beschreibungsebenen, wie der psychologisch-individuellen und der biologischen werden in die systemische Perspektive integriert.

Im Bereich der Stadt Wien arbeitet das „Institut für Ehe- und Familientherapie“ auf der Basis systemischer Grundsätze. Das Institut, das auch Forschungs- und Fortbildungsaufgaben wahrnimmt, gehört zu den führenden Instituten auf diesem Gebiet im deutschsprachigen Raum. Auch die Ehe- und Familienberatung der Stadt Wien stützt sich auf die neuen Erkenntnisse. Weiters wird mit Unterstützung durch das Jugendamt der Stadt Wien und das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie eine dreijährige Ausbildung für systemische Berater angeboten. (Schluß)
jel/bs

Lyrikabend im Bezirksmuseum Döbling

Wien, 9.11. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Döbling, Döblinger Hauptstraße 96, findet am 11. November um 19.30 Uhr unter dem Titel „Österreichische Lebensweisheit“ ein Lyrikabend mit Prof. Johannes PETTAUER statt. Es stehen unter anderem Werke von Grillparzer, Lenau, Trakl und Rilke auf dem Programm. Bis 23. November sind im Bezirksmuseum Aquarelle und Druckgrafiken von Bernd VALETTI zu sehen. Das Bezirksmuseum ist Donnerstag, Freitag und Samstag von 16 bis 19 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/rr

Häupl: Propan und Butan keine Alternative zu den Fluorkohlenwasserstoffen als Treibgase

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) Gegen den Einsatz der brennbaren Treibgase Propan und Butan als Ersatz für die Fluorkohlenwasserstoffe (FCKWs) in Spraydosen, die ab dem nächsten Jahr verboten werden sollen, sprach sich Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL als Vorsitzender des Umweltausschusses des Österreichischen Städtebundes am Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ aus. Das brennbare Propan und Butan stellt ein enormes Sicherheitsrisiko im Haushalt dar, weil Spraydosen mit diesen Gasen im Ernstfall zu wahren Flammenwerfern werden können.

Grundsätzlich spricht sich der Österreichische Städtebund aus Umweltschutz- und Sicherheitsgründen für ein generelles Verbot von Spraydosen mit Treibgas, nach entsprechenden Übergangsfristen im Zusammenhang mit dem geplanten Verbot von Fluorkohlenwasserstoffen, aus. Anlaß dafür war die Begutachtung eines Verordnungsentwurfes des Wirtschafts- und des Sozialministers über die Lagerung von Spraydosen mit Treibgasen in Gewerbebetrieben. Abgesehen von den umweltschädigenden Auswirkungen der FCKWs verursachen die Spraydosen beträchtliche zusätzliche Abfallmengen. Aus diesem Grund fordert der Städtebund den vermehrten Einsatz und Verkauf von Pumpsprühdosen, die kleiner sind als Spraydosen, und von wiederverwertbaren Druckpumpzerstäubern. Diese Gebinde verursachen keine Kohlenwasserstoffemissionen, verringern das Abfallvolumen und stellen kein sicherheitstechnisches Risiko dar. Außerdem begrüßt der Städtebund das vermehrte Interesse der Konsumenten an diesen Produkten. (Schluß) du/rr

„Der Novemberpogrom 1938“ Im Historischen Museum der Stadt Wien

Wien, 9.11. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt vom 10. November 1988 bis 29. Jänner 1989 die Ausstellung „Der Novemberpogrom 1938“. Das Museum erinnert damit an die von den Nationalsozialisten so bezeichnete „Reichskristallnacht“, die als eine Hauptstation auf dem Weg der verbrecherischen nationalsozialistischen Judenpolitik zum Völkermord in die Geschichte eingegangen ist. Der Novemberpogrom — von der Staats- und Parteiführung angeordnet, von der NSDAP und den Mitläufern des Regimes willfährig und vielfach zum persönlichen Nutzen ausgeführt — zeigte der jüdischen Bevölkerung drastisch, daß für sie nicht einmal mehr rudimentäre Reste bürgerlicher Rechte galten.

Unmittelbarer Anlaß des Pogroms war der Anschlag des 17jährigen Herschel Grynszpan in Paris auf dem deutschen Diplomaten Ernst von Rath. Reichspropagandaminister Goebbels nützte die Gelegenheit, daraufhin „spontane“ Vergeltungsmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung zu initiieren und damit die Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben auszuschalten.

In Wien wurden im Verlauf des Pogroms, der mehrere Tage dauerte, 42 Synagogen und jüdische Bethäuser in Brand gesteckt und verwüstet. Tausende jüdische Wohnungen und Geschäfte wurden — so sie nicht bereits in den Monaten vorher „arisiert“ worden waren — geplündert, zerstört und beschlagnahmt. 6.547 Wiener Juden nahm man in Haft, 3.700 von ihnen kamen in das KZ Dachau.

Die bewußt sachlich und dokumentarisch gestaltete Ausstellung gliedert sich in neun Abschnitte: Die Wiener Juden vor 1938 bzw. Antisemitismus vor 1938, der „Anschluß“, die Situation der Juden vom „Anschluß“ bis zum Novemberpogrom, Arisierungen, der Fall Grynszpan, der Novemberpogrom, antisemitische Propaganda des NS-Regimes am Beispiel der Ausstellung „Der ewige Jude“, Emigration und Vernichtung der Wiener Juden. Es werden Fotos, Originaldokumente, Originalfilmmaterial, Zeitungen, Plakate usw. gezeigt, die — ohne jede Inszenierung — für sich selbst sprechen. In einem für die Ausstellung gestalteten Videofilm kommen Zeugen des Pogroms zu Wort.

„Kinderzeichnungen aus Theresienstadt“

Parallel zur „Reichskristallnacht“-Ausstellung zeigt das Historische Museum auch die Ausstellung „Und dann möchte ich leben — Kinderzeichnungen aus Theresienstadt“. Die Ausstellung, die eine Leihgabe der „Theresienstadt Martyrs Remembrance Association“ im „Kibbutz Givat Haim-Ihud“ in Israel ist, zeigt Zeichnungen der in Theresienstadt internierten Kinder, und damit die in Bilder umgesetzten Gefühle, Wünsche und Zukunftshoffnungen dieser Kinder. 15.000 aus Theresienstadt in die Vernichtungslager deportierte jüdische Kinder wurden ermordet. Ihre Zeichnungen sind als erschütternde Dokumente erhalten geblieben.

Das Historische Museum ist täglich außer Montag von 9 bis 16.30 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/gg

Ehrenzeichen für Persönlichkeiten aus der Wirtschaft

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte am Dienstag nachmittag an verdiente Persönlichkeiten aus der Wirtschaft Ehrenzeichen des Landes Wien.

Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten Dr. Otto CECH, Dr. Karl HILMBAUER und Dkfm. Josef POLLAK. Mit dem Silbernen Verdienstzeichen des Landes Wien wurden Charlotte KUBINECZ, Herbert RAICH und Walter RAICH geehrt. (Schluß) red/bs

Possingergasse vorzeitig befahrbar

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) Im 16. Bezirk wurde in der Possingergasse mit einem finanziellen Gesamtaufwand von 9,1 Millionen Schilling ein kompletter Neuaufbau der Fahrbahn durchgeführt, bei dem insgesamt 6.200 Quadratmeter Schwarzdecke und Würfelpflasterung eingebaut wurden.

Die Fertigstellung dieser wichtigen Querverbindung erfolgt am kommenden Freitag, dem 11. November, womit die seinerzeit veranschlagte Bauzeit um mehr als ein Monat unterschritten werden konnte. Da auch bereits die Verschleißschicht — dies war erst für 1989 vorgesehen gewesen — aufgebracht wurde, sind außer Restarbeiten im Gehsteigbereich mit kleinen örtlichen Behinderungen keine weiteren Baumaßnahmen mehr erforderlich. (Schluß) pz/rr

Weitere Arbeiten auf der Nordbrücke

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) Auf der Nordbrücke sind Instandsetzungsarbeiten an den Dilatationen (Fahrbahnübergangskonstruktionen) notwendig, die am kommenden Wochenende und zwar auf der stadteinwärts führenden Brückenhälfte von Freitag, den 11. November, 22 Uhr, bis Sonntag, den 13. November, 12 Uhr, fortgesetzt werden. Dazu ist eine Verkehrsperre erforderlich.

Die Auffahrten von der A 22/Donauufer-Autobahn, die auf die Nordbrücke stadteinwärts führen, sind während des betreffenden Zeitraumes ebenfalls gesperrt.

Autobuslinie „34 A“ fährt anders

In diesem Zusammenhang darf nochmals auf die geänderte Streckenführung der Autobuslinie „34 A“ hingewiesen werden: Schloßhofer Straße — Am Spitz — Prager Straße — Floridsdorfer Hauptstraße — Floridsdorfer Brücke — Friedrich-Engels-Platz — Adalbert-Stifter-Straße — Gürtelbrücke. Die Haltestelle Prager Straße nach Hermann-Bahr-Straße wird ersatzlos aufgehoben. (Schluß) pz/gg

420 Milliarden werden verteilt

Österreichischer Städtebund: Finanzausgleichs-Paktum unterzeichnet – Mitspracherecht der Gemeinden abgesichert

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) Am 8. November unterfertigten Bundesminister Dkfm. Ferdinand LACINA und Vertreter der Länder sowie des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes den Finanzausgleich für die Jahre 1989 bis 1992. Das Finanzausgleichsgesetz bildet eine der wichtigsten Grundlagen für die Tätigkeit der Gebietskörperschaften. Es regelt so wichtige Fragen wie etwa, wer den Aufwand für die Tätigkeit der Gebietskörperschaften zu tragen hat und wie die Abgaben auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt werden. Die vom Finanzausgleich allein im Bereich der Abgaben erfaßte Gesamtsumme wird 1989 voraussichtlich rund 420 Milliarden Schilling betragen, wovon rund 70 Prozent auf den Bund, 14 Prozent auf die Länder und 16 Prozent auf die Gemeinden entfallen.

Grundsätzlich wurde der bisher geltende Finanzausgleich für die Periode 1989 bis 1992 verlängert. Mit dem Abschluß für vier Jahre gibt der Finanzausgleich den Gemeinden Sicherheit und Kontinuität für die Planung ihrer Einnahmen.

Beteiligung an Kapitalertragssteuer

Der Entwurf für das neue Finanzausgleichsgesetz für die nächsten vier Jahre enthält folgende wesentliche Regelungen:

- Die Gemeinden erhalten eine 23prozentige Beteiligung an der mit Jänner 1989 neu einzuführenden Kapitalertragssteuer II (Bund 47 Prozent, Länder 30 Prozent), womit eine gleichmäßigere Verteilung der Lasten aus der Steuerreform erreicht werden soll. Damit sind die Gemeinden auch an einer sich voraussichtlich sehr dynamisch weiterentwickelnden Abgabe beteiligt.
- Aufnahme eines Zuschusses für Investitionen von öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen, vor allem für leitungsgebundene Verkehrsmittel (Straßenbahnen und O-Busse). Damit wird das Auslaufen der Förderung aus der sogenannten „Nahverkehrsmilliarde“ teilweise kompensiert. Für 1989 sind im Finanzausgleichsgesetz Förderungsmittel von 226,8 Millionen Schilling vorgesehen.
- Verankerung des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes als Verhandlungspartner im Rahmen der Schutzklausel gemäß Paragraph 5 FAG. Die dort enthaltene Bestimmung besagt, daß der Bund mit den am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften vor der Inangriffnahme steuerpolitischer Maßnahmen bzw. Maßnahmen, die Belastungen für die Gebietskörperschaften bedeuten, Verhandlungen zu führen hat. Diese Bestimmung wird nun dadurch ergänzt, daß zur Teilnahme an diesen Verhandlungen für die Gemeinden deren Interessenvertretungen, das sind der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund, berechtigt sind.

Offene Forderungen der Gemeinden

Obwohl mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz zwar wichtige Anliegen im Sinne der Gemeinden geregelt wurden, ist noch keineswegs sämtlichen berechtigten Forderungen der österreichischen Gemeinden Rechnung getragen. Deshalb wurde vereinbart, über folgende Problembereiche Verhandlungen der Finanzausgleichspartner unverzüglich fortzusetzen:

- Landeslehrerbesoldung; Kontrolle der Stellenplanbewirtschaftung,
- Umwandlung der Getränkesteuer in eine umsatzsteuerartige Verkehrssteuer,

- Gemeindegkopquotenausgleich gemäß Paragraph 21 FAG 1989,
- Sonderstellung der Wiener Randgemeinden beim abgestuften Bevölkerungsschlüssel

Abgaben werden verfassungsrechtlich abgesichert

Eine wichtige Vereinbarung wurde auch in finanzverfassungsrechtlicher Hinsicht getroffen. Der Verfassungsgerichtshof hat 1988 zwei Steuern, nämlich die Zinsertragssteuer und die Aufsichtsratsabgabe, mit der Begründung aufgehoben, daß diese Abgaben nicht der Finanzverfassung entsprechen. Um die Aufhebung weiterer Steuern, darunter sehr ertragreicher Bundes-, Landes- und Gemeindeabgaben zu vermeiden, wird das bestehende Abgabensystem rückwirkend verfassungsrechtlich abgesichert. Diese Zwischenregelung wird allerdings mit Ende 1992 befristet. Schon bis Ende 1991 soll eine neue finanzverfassungsrechtliche Grundlage für das österreichische Abgabewesen ausgearbeitet werden, die mit 1. Jänner 1993 in Kraft treten soll. Wichtig aus der Sicht des Österreichischen Städtebundes ist, daß sowohl die Vornahme von Veränderungen bis 1992 als auch die Ausarbeitung des neuen Systems im Einvernehmen auch mit den Gemeinden zu erfolgen hat, sodaß die Interessen der Gemeinden in diesen wichtigen Fragen wahrgenommen werden können. (Schluß)
stb/gg

Forts. von Blatt 2217

Berufstitel Hofrat für Primarius Ebner

Stacher überreichte Ernennungsdekret

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Mittwoch vormittag dem ärztlichen Direktor des Pflegeheims Lainz, Primarius Dr. Hans EBNER, das Dekret über den vom Bundespräsidenten verliehenen Berufstitel Hofrat.

Hofrat Ebner absolvierte nach dem Medizinstudium in Wien seine Turnusausbildung größtenteils im Krankenhaus Lainz, wo er auch ab 1957 als Sekundararzt an der Abteilung für Tuberkulose und Lungenerkrankungen tätig war. 1961 erhielt Dr. Ebner die Anerkennung als Facharzt für Lungenerkrankungen, seit 1963 ist er ständig beeideter gerichtlicher Sachverständiger auf diesem Gebiet. 1965 eröffnete er seine Facharzt-Ordination in Wien.

Im Jahr 1967 wurde Hofrat Ebner zum Vorstand der Abteilung für Lungenerkrankungen im Pflegeheim der Stadt Wien — Lainz bestellt, 1984 wurde er zusätzlich mit der ärztlichen Leitung des Pflegeheims betraut. Seit 1987 ist er außerdem ärztlicher Direktor des Pflegeheims der Stadt Wien in St. Andrä an der Traisen.

Seit 1968 ist Primarius Ebner als Vertragsarzt beim Landesgendarmeriekommando Niederösterreich tätig, wo er mehr als 3.000 Beamte ärztlich zu betreuen hat. Bei den Olympischen Winterspielen 1964 und 1976 in Innsbruck war er sowohl in der Organisation wie auch als Arzt tätig. Er war auch ärztlicher Betreuer der österreichischen Sportler bei den Olympischen Sommerspielen in Mexiko, München, Montreal und Moskau. (Schluß) sc/rr